

Rehbachschule muss wachsen

Noch ist nicht entschieden, wie die dringend benötigte Erweiterung der Rehbachschule aussehen soll und wann das Projekt umgesetzt wird. Doch im Gemeinderat Neuhofen wurde schon kräftig darüber diskutiert, was dabei berücksichtigt werden sollte und wie die Betreuung der Kinder dann aussehen kann.



VON CHRISTINE KRAUS

NEUHOFEN. Erste Vorschläge für die Erweiterung der Grundschule in Neuhofen waren dem Schulträgerausschuss schon im Januar von einem Planungsbüro vorgestellt worden: Kurzfristig können durch Umnutzung von Räumen zwei zusätzliche Klassenräume gewonnen werden. Langfristig muss aber ein

Erweiterungsbau her, da erstens abzusehen ist, dass es vier Klassen pro Stufe geben wird und damit zweitens eine Ganztagsbetreuung, auf die es ab dem Schuljahr 2026/27 einen Rechtsanspruch gibt, möglich ist. Im Raum dafür stehen nun zwei Varianten: Bei der großen Erweiterung auf dem Gelände, wo sich jetzt noch die Hausmeisterwohnung befindet, soll an den neueren Teil der Schule ein zweistöckiges Gebäude angebaut werden. Alternativ könnte das Hauptgebäude aufgestockt und nur ein kleiner Erweiterungsbau angebaut werden.

Die CDU-Fraktion hat sich bereits Gedanken zur Erweiterung der Schule und zur Betreuung gemacht. Was die Ganztagsbetreuung angeht, möchte die SPD-Fraktion die Eltern mit einbeziehen. Beide Anträge wurden nun im Gemeinderat intensiv diskutiert.

Wie die Kinder betreuen?

So möchte die CDU Barrierefreiheit im Neubau und in den Bestandsgebäuden und legt Wert darauf, dass auch eine Frischeküche mit eingeplant wird, so dass die Kinder täglich frisch gekochtes Mittagessen bekommen. Beides sehen auch die anderen Fraktionen als selbstverständlich an. Darüber müsse gar nicht entschieden werden. Melanie Hieb (SPD) forderte darüber hinaus, dass geprüft werden soll, ob in der neuen Küche für die Kinder der beiden Kitas auf dem Gelände gleich mitgekocht werden könne. Dann könnte man überlegen, was mit dem Raum, in dem die Küche der Kita Kunterbunt untergebracht ist, gemacht werden kann.

Heiß diskutiert wurde dann aber über das Thema Ganztagsbetreuung für Schulkinder. Die CDU-Fraktion möchte, dass alle Informationen über die betreuende Grundschule und den Hort als Entscheidungsgrundlage für die Kommunalpolitiker zusammengestellt werden. Dann könne im Ausschuss diskutiert werden, ob gleich eine Ganztagschule in Betracht gezogen werden kann.

Was wollen die Eltern?

Die SPD möchte auch, dass die Verwaltung all diese Informationen

zusammenstellt. Sie will darüber hinaus aber auch, dass die Eltern auf Grundlage dieser Informationen gefragt werden, welche Betreuungsform sie sich wünschen. Und zwar die Eltern, deren Kinder im Herbst 2026 in die Schule kommen. Ein Vorschlag für den Fragebogen war dem Antrag gleich beigelegt. Für die CDU-Fraktion ist diese Umfrage zum jetzigen Zeitpunkt zu früh. „Bis 2026 werden sich die Realitäten ändern“, gab der Beigeordnete Robin Hahn zu bedenken. Denise Fleischmann wollte lieber die Diskussion in den Gremien abwarten. Alexandra Hofmann (FDP) fehlte eine Betrachtung aus Sicht der Kinder. Sie hätten nämlich ein Recht auf Freizeit, macht Gisela Kluger (FDP) deutlich, Umfragen seien nicht repräsentativ. Sie wolle keine verpflichtende Ganztagschule, in der die Kinder dazu verdonnert seien, bis 16 Uhr zu bleiben.

Nach eineinhalb Stunden Beratung waren alle Argumente mehrfach ausgetauscht worden. Der Gemeinderat einigte sich mit Enthaltung der vier FDP-Fraktionsmitglieder nun darauf, dass die Verwaltung eine Infoveranstaltung für Eltern von Kindern bis zu zehn Jahren vorbereiten soll, bei der alle Betreuungsformen vorgestellt werden. Im Anschluss sollen dann die Eltern der Kinder, die 2026 eingeschult werden, einen Fragebogen bekommen, der noch mit den Fraktionen abzustimmen ist.